

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Beizahlen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Februar 1927. Alle Zahlungen auf Postkontokonto: Berlin NW. 7, Nr. 628 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13. Beispruch: Bei Bezug unter Streifen durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im Voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

## Zerbrecht die Sklavereipeitsche der „Wirtschaftsdemokratie“

In dem Konflikt in der Leipziger Metallindustrie wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

Ziffer 1: Die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich aller Pausen beträgt 48 Stunden pro Woche.

Ziffer 2: Bei notwendig werdender Überarbeit kann der Unternehmer nach Anhören der Betriebsvertretung an den monatlichen Frist am 31. März 1928 kündigen. Bei ergriffener Überarbeit werden die Überstunden mit einem Zuschlag von 10 Prozent zu dem vereinbarten Stundenlohn bezahlt.

Ziffer 3: Weitere Überstundenarbeit über die in Ziffer 2 vorgesehene Zeit hinaus ist mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zu vereinbaren. Überstunden sind diejenigen Arbeitsstunden, die der einzelne Arbeitnehmer an einem Tage über die betrieblich festgesetzte Arbeitszeit hinaus tatsächlich leistet. Diese Überstunden werden die erste mit 25 Prozent, alle noch darüber hinausgehenden weiteren Überstunden auch nach Sonntags-, Nacht- und Feiertagsarbeit, mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt.

Ziffer 4: Alle Überarbeiten über Ziffer 2 und 3 ist auf die vereinbarten Stundenlohn zu bezahlen. Diese Regelung tritt am Tage der Annahme durch die Vertragsparteien oder Verwirklichungserklärung in Kraft und ist erstmalig am 1. März 1928 kundigbar. Bei Wiedereröffnung der Kündigung sind die Parteien verpflichtet, bis Ende Februar 1928 stützig zu verhandeln.

Friedensklause: Maßregelungen dürfen beiderseitig nicht stattfinden. Die Arbeitsaufnahme ist unverzüglich zu erfolgen. Wenn jedoch die sofortige Aufnahme aus betriebstechnischen Gründen nicht möglich ist, so hat die Wiederaufnahme spätestens innerhalb vier Tagen zu erfolgen. Das Arbeitsverhältnis gilt durch die infolge des Streikes und der Aussperrung erlassene Kündigung nicht als unterbrochen. Bei Wiedereröffnung der Betriebe haben die tarifvertraglichen Rechte der Arbeitnehmer wieder auf. Erklärungsfrist der Parteien unter sich und des Schlichters gegenüber Mittwoch, den 16. Februar 1927, mittags 12 Uhr.

gez. Schlichter für den Schlichtungsbezirk Sachsen.  
Brandt.

mehr als beschlossene Forderungen ist die Generalabstimmung der Kapitalistenklasse!

Was muß eure Antwort sein? Sie kann nicht sein, ein neuer Sklavenvertrag durch die Schlichtungspeitsche. Sie kann nicht sein, ein lächerlicher Pfennig-Kahndel reformistischer Sozietätsverträge. Sie kann nicht sein, ein feiges Zurückweichen, und eine unwürdige Kapitulation nach allen Unwürdigkeiten, die das deutsche Proletariat über sich ergehen ließ. Sie kann nicht sein, die Parole knochenbrüchiger Knechtsellen, die eine „Wirtschaftsdemokratie“ annehmen, die weiter nichts ist, als die nackte Diktatur des Kapitals.

Sie kann nur sein, die Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie mit denselben Mitteln, die der Klassenstand anwendet!

Und diesen Kampf muß das Proletariat selbst führen. Es muß die Gewerkschaften und ihre Moskauer Zähler beiseite schieben, sonst ist der Kampf verloren, noch ehe er begonnen hat.

Geißeln reden sie ansehnlich der Empörung der Massen über die Provokation dieses Schiedsspruches „Kampf“. Aber sie wollen nur die Wut der Proleten aufregen, um sie im Höchstfalle in einem isolierten Hungerstreik zu ersaufen. Wollen mit der „moralischen Schuld“ der Kapitalisten im Falle einer Generalaussperrung haustieren gehen, um nach und nach den rebellierenden Sklaven das Genick zu brechen. Um, wenn sie die Provokationen der Kapitalisten jetzt nicht schlingen, durch den Hunger müde zu machen für das Diktat, über das die Verhandlungen zwischen den Sklavenhändlern und Sklavenverkäufern keinen Augenblick unterbrochen werden.

Denk daran, Proleten, wie die Gewerkschaften nach der Revolution selbst „im Interesse der Wirtschaft“, das heißt der kapitalistischen Profitwirtschaft, das Proletariat zu Über-schichten und übermenschlich langer Arbeitszeit peitschen. Denk daran, mit welchem Zynismus sie die Rebellionen der Bergarbeiter niederschlagen. Denk an den Schiedsspruch im mitteldeutschen Bergbau, den die Gewerkschaften ausschließlich der KPD-Gewerkschaftsbezonen sanktionierten. Es war derselbe Sklavenvertrag wie der, den man den Metallarbeitern beschoren will. Denk daran, wie sie alle Aktionen des Proletariats vertieren, ohne mit der Wimper zu zucken. Denk an die Kämpfe der Metallarbeiter selbst, denk an die hundertfältige Schaurkei anlässlich des Hamburger Hafenarbeiterstreikes. Denk daran, mit welcher trockener Berechnung sie den Streikbrechern im Kampf der englischen Kumpels organisiert. Begrüß die Gewerkschaften immer und steten auf der Seite des niederträchtigen Lohnbänders von Sklavenhändlern und Tagelöhner „Reichsverband der Industrie“, wo Lehrt von ADGB zur Kenntnis nahm, welche treuen Schergen die Gewerkschaften dem Kapital leisteten. Wisst, daß die Gewerkschaften nur ein kleines Manöver vollzogen. Daß sie nachdem sie die wirtschaftliche und damit die politische Macht der Kapitalistenklasse stabilisieren halfen; die letzte Etappe dieser Politik ist der Hindenburg-Block — um eine Rebellion zu gebrauchen, um Ministerressort zu erröthen, nur bewei-sen wollen, daß sie zur Niederkämpfung des Proletariats in der Regierung der kapitalistischen Geldackerepublik sitzen müssen.

Überhaupt die historische Kampfrolle und ihr Verbleib sehen, daß die neue Kapitaloffensive das Resultat des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt ist. Die Rationalisierung ist Mittel, der Druck der Löhne ein anderes, die ungeheure Arbeitslosigkeit als Folge der Rationalisierung ein drittes Mittel ist, um durch die immer weitere Senkung des Lebensstandards der gesamten Klasse die kapitalistische Konkurrenzfähigkeit zu halten, und zu steigern. Begrüß, daß der Widerstand des Kapitalismus — das Ziel der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien — den Tod von Millionen Proleten bedeutet. Begrüß, daß der Kampf um das Leben der Arbeiterklasse ein Kampf um Sein oder Nichtsein — ein Kampf um Leben und Tod ist.

(Schluß Seite 2)

## Die Stabilisierung der Komintern

Die Kommunistische Internationale hat in dem VII. EKGM neue Thesen zur internationalen Lage und zur Taktik angenommen. In ihnen kommt ganz klar die unumkehrbar voll-zogene Umstellung des theoretischen und praktischen Aufbaues der 3. Internationale zum Ausdruck. Lenin hat sein gesamtes revolutionäres Wirken in dem Satz zusammengefaßt: „Eine revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis.“ Die Wechselwirkung von Theorie und Praxis und ihre Erkenntnis ist in der Tat der revolutionäre Boden, solange sich der Proleten Jahra der Revolution. Was bei Lenin noch bis auf die letzten Jahre der Fall war, ist bei den Leninisten schon zur Er-stärkung gekommen. Der Marxismus war eine Wissenschaft vom Ablauf der geschichtlichen Zusammenhänge, während der Leninismus mehr eine taktisch stark auf bestimmte ge-wonnene Situationen zugeschnitten. Diese Grundzüge ist nicht gewesen ist. Lenin hat seine Theorien stark auf bestimmte ge-wonnene Situationen zugeschnitten. Diese Grundzüge ist nicht gewesen ist. Lenin hat seine Theorien stark auf bestimmte ge-wonnene Situationen zugeschnitten. Diese Grundzüge ist nicht gewesen ist.

durch den Terror einer unpolitischen Rote unangenehme Dis-kussionen zum Abtreiben zu zwingen, nämlich ins Wasser gefallen. Schwarz zeigte noch einmal die Linie der Moskauer Politik der Landesverteidigung mit ihren Konsequenzen de-4. August und hielt ihnen vor Augen, daß sie, die heute revo-lutionäre Kommunisten niederbrüllen, bald dazu kommen diert werden, den Oktoberverbrecher Brandler feierlich zu empfangen.

Man konnte sehr deutlich merken, daß manch einem de-irregulierten Proletariat die Schuppen von den Augen fiele-ganz-davon abgesehen, daß die Arbeiter, die in der Versammlung kommen, um Argumente und Gegenargumente zu hören, von dem vollkommen geistigen Bankrott der KPD, und ihre Trommler restlos überzeugt waren. Nachdem Schwarz re-endet, sprach nach einem Parteilosen zuletzt ein Genosse de-KAPD. Er zeigte, wo gerade bezüglich der Stellung zum Krie-Schöpfer, die Agenten der Sozialdemokratie und Amsterdam sitzen, F-die Agenten der Sozialdemokratie und Amsterdam sitzen, F-die Agenten der Sozialdemokratie und Amsterdam sitzen, F-

## Professarisches Notizbuch

Der Aufstand in Portugal hat ziemliche Dimensionen an-genommen. Es trifft sich ein Kreuzer und ein Kanonenboot in den Kampf ein. Wie gemeldet wird, sind die Aufständigen in Lissabon und in Oporto unterlegen, doch handelt es sich in Meldungen der Regierung. Das politische Ziel des Aufstandes ist die Herstellung der „ordnungsartigen“ Verfassung. Ameri-kanische Kriegsschiffe halten sich gefechtsbereit.

Chaplin in der Politik. Chaplin hat durch seine harmlose Späße soviel verdient, daß ihm seine „schönere“ Hälfte „Rote Fahne“ ist darob in großer Sorge und legt sich warm in den großen Künstler ein, dessen Frau in ihren bourgeois-Liste und Modetributen keine Rücksicht nimmt auf die verträglichkeit ihres Mannes, die Millionen abgearbeiteten und verarmten Proletariats aller Länder ein wenig Glück zu Freude bringt.“ Sie ruft die Proletariat auf: „Rettet Schamp und zeigt damit, daß sie selbst zum Schaplin des Klassenkampfes herabgesunken ist.“

Die englische Chantepolitik hat die „erfolgreichen Verhandlungen“ von der Kantonregierung geführt. Es erfolgte ein Einigung über die Konzession in Hankau. Die Kantonregierung hat sich verpflichtet, keine Gewalt anzuwenden. — Nachdem die Bestimmung des Imperialismus mit China — wenn auch übergehend — geeinigt hat, wird die „revolutionäre“ Kanton-regierung um so schärfer gegen die „begrüßlichen“ Prolete vorgehen, die der Bourgeoisie unter Anleitung Moskaus di-Kastanien aus dem Feuer geholt haben.

Im Hauptauschuß des Reichstages macht Rosenberg Krach daß zuviel Geld für Junkers ausgegeben wurde, und zwar — wie die KPD, den Arbeitern gegenüber behauptet — für die Bestimmung des proletarischen Staates. Geschichte der dum-men Bourgeoisie ganz recht. Erst bewußt sie den proletar-schen Staat“ und dann muß sie sich noch durch den Kaka-ziehen lassen. — Ob den KPD-Arbeitern das Finanzereignis ist, daß sie nicht merken, wie ihre Großbonzen sie an de-Nase führen?

## Internationale

KAPD. — Ortsgruppe Hamburg. Am Dienstag, den 15. Februar, bei Quast-Nacht, Eck-Stuevkamp- und Wohldorferstraße, Öffentliche Diskussions-abend. Thema: Vorwärtsgratzen — Vorwärtsetzete — Proletariat! Aber! Das ZK. der KPD. Schweigt. Verschafft Euch Klarheit!

AAU. — Ortsgruppe Groß-Hamburg. Mitglieder-Versammlung Groß-Hamburg am Montag, 14. Februar, bei Planeth, Mohraustraße 50. Tagesordnung 14. Die Aufgaben der kommenden Reichskonferenz. 2. Organ-statisches. Wachsen wichtiger Angelegenheiten müssen alle Genossen pünktlich erscheinen. Beginn 8 Uhr.

Der Arbeitsausschuß.

Die Metallarbeiter haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre Arbeit einen „Leben“ gestattet, das schlechter ist, wie das der Hände ihrer Herrern; weil sie sehen, daß es ein Widerstand ist, endlose Stunden zu rackern — während Millionen Arbeiter Hunger und Krankheit verkommen — gleich solchen, die ein barbarisches Kriegsvolk in die Wüste schleichen, daß es so nicht weitergehen kann, weil die Hungeroffensive der Kapitalistenklasse ihnen das Mark der Knochen saugt. Weil die Rationalisierung die Aktien der Kapitalisten in gleichem Tempo in die Höhe treibt, wie den Lohn hinab. Sie haben die Arbeit niedergelegt, weil sie die Teil der Arbeiterklasse, aber im Geolge das Gesamt-proletariat vollkommen in den Druck getrieben werden — wenn sie nicht endlich den Widerstand gegen die Hungeroffensive des Kapitalismus organisieren und sich dem Feind, dem Un-sinn, dem Klassenfeind entgegen werfen. Sie fällen instink-tiv, daß eine Änderung eintreten muß, wenn sie nicht zu völ-ler wollen und geschlossenen Heilorten herabfallen wollen.

Sie sind in den Streik getreten um milde Lohnmehrun-gen und um die „Rückkehr zum Achtstundentag“. Sie wollen den Kampf ohne jede politische Tendenz — und sofort bewerten die Kapitalisten mit der Gewerkschaften. Das Proletariat hat sich von den Gewerkschaften in „Tarifverträge“ verschoben lassen: die Metallarbeiter, Textilarbeiter, Trans-portarbeiter — alle warten sie verschoben in Zeit und Lebens-haltung an — das Kapital verkauft u. diese Sklavenverträge wer-ten von den Gewerkschaften insgültig überwacht. Jetzt, wo es den Kapitalisten paßt, erklären, sie, daß der politische Symp-tomstreik außerhalb dieser Verträge liegt. Mit zynischem Lohndemonstriert das Kapital, wie willig sich die Proletariat in Einzelband führen lies, alle die Jahre. Das Kapital setzt seinen heiligen Respekt vor dem eigenen Sklavenverträge in politische Aktion und die eigene Solidarität der Kap-italklasse entgegen: Die Antwort des Klassenstandes auf die

## Nowawcs

Rußland bewaffnet die Reichswehr. Ist Rußland bedroht? Öffentliche Versammlung Freitag, den 18. Februar 1927, abends 7.30 Uhr. Klemms Festsaal. Protetariat erscheint in Massen. Kommunistische Arbeiter-Partei, Allgemeine Arbeiter-Union (Ortsgruppe Nowawcs.)

## Aus der Bewegung

Mit dem Thema: „Rußland bewaffnet die Reichswehr!“ — Krieg gegen Rußland? rief die KAPD, gemeinsam mit der AALU in Berlin-Neukölln eine öffentliche Klassenversammlung ein. Es war notwendig, den Neuköllner Arbeitern, die noch nicht hoffnungslos durchgeschwehrt, besser noch nicht voll-kommen durchgedreht sind, die Binde von den Augen zu reißen. Vor kurzem hatte nämlich die KPD, eine öffent-lichen Diskussionsabend der Gruppe „Entschlossene Linke“, mit einem Massenaufgebot von verzerrten Krakehlern durch Kadu und Geschrei verhindert.

Die „Rote Fahne“ war so liebenswürdig und forderte nun wieder den KPD und der „Roten Jungsturm“ auf, voll-zählig in unserer Versammlung zu erscheinen. Sie sollten diese proletarische Versammlung natürlich sprengen. Hoffentlich haben sie nach der Versammlung begriffen, daß der Kampf von hunderttausend Mann gegen das verrotten Klassenbe-wußtsein ein Kampf gegen Windmühlentüffel ist.

Gleich zur Geschäftsordnung wurden Monits erhoben, daß ausgereicht die an die Reichswehr gelieferten Granaten den Gegenstand des Themas der Versammlung bilden sollen. Nach-dem die von ca. 2000 Arbeitern besuchte Versammlung durch Abstimmung zu erkennen gegeben hatte, daß für sie diese An-gelegenheit kein Katzendreck ist, sondern eine ernste Sache des gesamten revolutionären Proletariats, versuchten die an-gerückelten Thälmann-Jünger von vorenzogen. Es blieb aber bei einem lächerlichen Versuch. Der Referent ließ nun die gesamte Politik Moskaus Revue passieren, und brachte an Hand der bereits in der „Roten Fahne“ und der sonstigen von Moskau oder KPD veröffentlichten Dokumen-ten den unzuliefernden Beweis, daß die Befehrer der Reichswehr mit Granaten eine logische Folge der gesamten konterrevolutionären Politik des kapitalistischen Rußlands ist, und daß dieser Rußland gegen das proletarische Proletariat ein-lenkungsmanöver sei. Sichtliches Erstaunen löste auch die „konterrevolutionäre“ Stellungnahme Mühsams aus, der nach der Ideologik der Hindenburg-Jünger auch zu den „Agenten Chamberlains“ gehört. Abgesehen von den zeitweiligen hysteri-schen Anfällen der angst-schwitzenen Kulakenkinderger werden weiter keine Hindernisse zu überwinden. Der Referent schloß mit dem Appell an die ehrlichen Proletariat der KPD, selbst zu prüfen, dann werden sie sich überzeugen müssen, daß das Verbrechen gemeinsam von SPD, KPD, und KPD, und die 3. Internationale bereits bis zum Hals in dem Sumpf der 2. Internationale steckt.

Nun kam, war ein Schauspiel für Götter. Es sprachen nämlich 2 Vertreter der KPD. Der eine, ein gewisser Wald- und Wiesendreier hat absolut keine Bedeutung — warte nicht, die Echtheit der Dokumente zu bestreiten. In die Enge getrieben, erklärte er, daß es falsch sei, im jetzigen Zei-tenpunkt die Granaten der KPD, veröffentlichten Dokumen-ten überhänge hätte er das Vertrauen zur Komintern. Da er mit keinem Worte auf die vorgebrachten unbestreitbaren Tatsachen des Referenten einging, unterstützte er den Referenten ganz gut. Dem was nicht widerlegt werden kann, das bleibt als-Tatsache bestehen.

Der zweite, ein M. d. R. Krenzburg, versuchte die Versammlung mit einer parlamentarischen Obstruktionsrede müde zu machen. Sein ganzes „Argument“ bestand darin, daß alles „Schwundel“ sei, daß Krenzburg die Originalprotokolle des Reichstages unter die Nase gehalten wurden, gestand er ein, daß die Bewilligung von 60 Millionen für die Reichswehr, und die schon in der „KAZ“ veröffentlichten Abänderungsanträge 2162 und 2163 von einem „Sprassenschuß“ gestellt seien, in dem Torger mit sämtlichen Parteien bis zu den Faschisten mit Ein-schluß des Großindustriellen Glöckner sitzt. Und da doch bei und da Abstreichungen vorgenommen worden seien — mit denen selbst Glöckner und die Volkischen einverstanden waren und könne man doch hier der KPD, keinen Vorwurf machen. Ganz davon abgesehen, daß demnach Glöckner genau so „revolutio-när“ ist, wie Torger, kommt einem solchen Bourgeois wohl gar nicht mehr in den Gedanken, daß mit dieser Argumentation die SPD, lange vor 1914 ihren konterrevolutionären Kurs bezeich-nete. Noch weniger begriff er, daß mit der Anerkennung der Echtheit dieser Dokumente sein ganzes Geschwätz von „Fäl-schung“ fiel. Er brachte die Topf aber vollends zum Über-laufen, als er erklärte, daß Krenzburg die KPD, und die KPD, die Schiffe, die in der Ostsee schwimmen, schweigend, weil die KPD, nicht verraten wollte, wie gut sie über alle möglichen Waffentransporte unterrichtet sei, damit ihr die Verbindungen nicht verloren gehen. Nachdem er sich so völlig auf den Lächer-lichkeit preisgegeben hatte, ließ er Rußland hochleben, und seine Getreuen stimmten verzweifelt mit ein.

Der nächste Redner war Schwarz von der „Entschiedenen Linken“. Als er auf die Bühne kam, setzte ein olivenbesätes Red-ner Radau ein. Vollkolliden, denen der Stampfen aus alten Positionen dringt, trampelten mit den Füßen, piffen auf den Fingern, schrien wie die komplett Verirrten, daß sich jeder Arbeiter überzeugen konnte, daß dieser RPB, eine auf den Mann dres-terte Gasse ist, die gerade den zu erledigen, auf den sie ge-kehrt wird. Dieses beschämende Schauspiel wurde selbst den Arbeitern zu dumm, die die KPD, noch zu verteidigen suchen. So meldete sich derselbe Genosse der KPD, der als erster Dis-kussionredner gegen die KAPD, sprach, daß die KPD, und die KPD, die Genossen ihrer ehemaligen Genossen Schwarz doch erst an-hören sollten, um sich dann ein Urteil zu bilden. Und tatsäch-lich genügte dieser Riffel, sofort die Ruhe herzustellen.

Was Schwarz immer zu sagen haben sollte, um sie in ihrer ganzen Blödsinnigkeit abzumachen, die Drahtzieher selbst zer-krücheln in den Ecken. Hiermit ist der provokatorische Versuch,

der Agitation diskutiert werden kann, damit sich solche Zwei-schneiderei nicht wiederholen. C. Ka. Berlin.

Wir würden von dieser „Kleinigkeit“ keine Notiz nehmen, wenn wir aus diesem Zeilen nicht den furchtbar vernünftli-erten Geis der KPD-Mitglieder illustriert sähen. Der Geist, der sich in „Ruhe und Ordnung“ in den Tod treiben läßt — für alle Interessen. Der Geist bürgerlicher Kadaverdisziplin. Kasernengeist! — Fluchtgeist! — Der die Klassenbewußtseins-entwicklung hemmt!

In den Versammlungen den kommunistischen Geist auf Beifall totzuschlagen versucht!

Von der konterrevolutionären, reaktionären Brut geschleht, Proletariat donk!

## Der Brandtbericht wird fertigsetzt

Die „NAZI“, KPD-Organ, bringt folgenden sachlichen Bericht:

Die Mecklenburger Regierung bleibt. In der außer-ordentlichen Sitzung des Schweriner Landtages am Frei-tag wurde in dritter Lesung der im Hauptausschuß abge-lehnte Nachtragsset für 1926 mit 24 Stimmen der So-zialdemokraten, Demokraten, und Wirtschaftler gegen 22 Stimmen der Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Völkischen angenommen. Damit ist die Regierungskrise behoben.

„Damit ist die Regierungskrise behoben.“ O, wie einfach die KPD, heute den Klassenkampf erledigt. Die Regierung-frage ist für sie das A und O der Politik geworden. Noch auf der letzten Bezirkskonferenz Niedersachsen wurde gegen die Opposition von dem gerügten Fehler in Mecklenburg ge-sprochen. So kann man billie die aus der parlamentarischen Lage sich ergebenden konterrevolutionären Taten verzeihen, um sie bei nächster Gelegenheit neu zu betreiben.

Interessant ist hierbei noch, daß die „letzte Regierungskrise in Mecklenburg von der KPD, wegen des Nachtragssets — Bewilligung reaktionärer Konten — für „Sozialisten“ nichts — herausgeschrien. Jetzt hat die KPD, aber Angst vor der eigenen Koarse. Sie würde auch in den Engarmen des Parlamentarismus ihren Todesstoß versetzen. Sie hat ja den Sozialdemokraten wieder durch ihre Koalitionspolitik das Vertrauen der Proletariat zugeschnitten.

So kann auch der Kampf um Ministerressort nur im anti-parlamentarischen Kampf abgeleitet und der Kommunismus auf die Tagesordnung gestellt werden.

Wofür werden klassenbewußte Proletariat sich ent-schieden?

## Wirtschaft

Die Arbeitslosigkeit im Reich. WTB, Berlin, 10. Februar. Die Zahl der Hauptunter-stützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge in der zweiten Januarhälfte zeigt im Gesamtergebnis einen Rückgang um rund 12 000 = 0,7 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunter-stützungsempfänger ist zwar von 1 585 000 auf 1 558 000 ge-sunken, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger dagegen von 283 000 auf 268 000 zurückgegangen; die Gesamt-zahl hat sich von 1 868 000 auf 1 826 000 verringert. Die Zahl des Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familien-angehörigen) ist von 2 078 000 auf 2 098 000 gestiegen.

Bei dieser Statistik ist zu beachten, daß sie nur die Unterstüzungsempfänger registriert, nicht die tatsächliche Ar-beitslosen. Die Ziffern der wirklich Arbeitslosen werden ganz anders ausfallen. Aber auch schon diese Ziffern reden für das Proletariat eine deutliche Sprache. Sie lassen deutlich die Tendenz erkennen, die wir wiederholt anhand der Ziffern des Berliner Arbeitsamtes gekennzeichnet haben: die Tendenz, der sich der rationalisierte, Trustaktivismus in Zukunft zwangsläufig bewegen muß, nämlich den Ersatz der gelehrten männlichen Arbeitskraft durch die billige weibliche.

Nach der Unterstüzungsempfängerstatistik des Reichs-arbeitsamtes ist die Zahl der männlichen Unterstüzungsempfän-ger in der zweiten Januarhälfte noch um 3000 gestiegen, während die Ziffer der weiblichen Unterstüzungsempfänger um 15 000 sank. Das Reichsarbeitsamt gibt keine Staffeln nach Altersklassen bekannt. Es würde sich schon erwarten, daß auch jugendliche männliche Arbeiter das zweifelhafte Glück haben, vom Laufband als erste erodiert zu werden, damit die älteren lebenden männlichen Produktionsmittel auf den verpesteten Stempelmärkten als erste aus den Klauen der „Für-sorge“ erlöst werden, um in das Elysium des demokratischen Gottes einzutreten.

Diese Tendenz wird sich hoffentlich bald so bemerkbar machen, daß auch die blödesten Gewerkschaftschäfer erken-nen müssen, daß sie sich mit ihren Gewerkschaften das Grab schaufeln.

## Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Nach der letzten amtlichen Statistik ist die Zahl der bei den Arbeitslosenunterstützungsstellen der städtischen Armen-behörden eingeschriebenen Arbeitslosen im Laufe der letzten Woche auf 56 275 (41 698 männliche und 14 577 weibliche) ge-stiegen, während die entsprechenden Ziffern für die Vorwoche 45 222 (33 706 plus 11 516) betragen. Am 29. Januar bezogen 25 576 Arbeitslose (gegen 21 419 in der vorangegangenen Woche) Unterstützung aus den Armenkassen der Stadt Paris, 17 539 (gegen 13 702 in der Vorwoche) aus den Kassen der übrigen Kommunen des Seinedepartements.

Hierbei ist zu beachten, daß die Ziffern nur das Seine-departement betreffen, also reichlich „Groß Paris“. Die eigent-lichen Industriezentren Frankreichs sind von der Statistik nicht erfaßt. Aber schon die Unterstüztungen durch die Armenkassen (eine Erwerbslosenunterstützung hat Frankreich noch nicht) haben sich in der Berichtswochen um 25 Prozent vermehrt. Ein Zeichen, daß die Krise in Frankreich katastrophal herbeizieh-t. Wir haben schon verschiedentlich in den Ziffern der franzö-sischen Arbeiterorganisationen und der Arbeiterpresse nachge-wiesen, daß die Ziffer der tatsächlichen Arbeitslosen in Paris und ganz Frankreich das vielfache der Unterstüztungen beträgt und die Ziffer der Karzarbeiter noch bedeutend größer ist.

## Die Arbeitslosigkeit in England.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in England betrug am 31. Januar 1 331 500, was gegenüber der Vorwoche einen Rückgang um 17 219 darstellt. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist immerhin noch um Hunderttausende größer als um die gleiche Zeit des Vorjahres.

Das englische Kapital erholt sich langsam von den Folgen des Streiks, dringt im Weltmarkt wieder in seine alten Posi-tionen und stellt Arbeiter ein. Das bewirkt aber, daß die andern Industrieländer desto gewaltiger in den Strudel der Weltwirtschaftskrise hineingezogen werden.

Vor Riesenstreiks in Norwegen. Oslo, 10. Februar. Die norwegischen Unternehmer rüsten sich zu einer Offensive gegen die Arbeiterschaft, die in allen ausschlaggebenden Industrien gleichzeitig einsetzen soll. In der Eisen-, der Textil-, und der Schuhindustrie und im Bergbau beabsichtigen die Unternehmer eine 50prozentige Lohnkürzung durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführer haben sich bereit erklärt, einer Kürzung der Löhne um 6,7 Prozent zuzustimmen, obwohl das Steigen der Kronenkurse eine allgemeine Teuerung



**Dummheit oder Verbrechen?**

**RFB und RJ als Sprengkolumnen von Arbeiter-Versammlungen.**

Wir haben bereits des öfteren und auch in der letzten Nummer des „KAZ“ die schändliche Rolle gespielt, die der RFB in Arbeiterversammlungen spielt. Anlässlich der von der KAPD und AAU am 10. Februar einberufenen Versammlung erschienen in der „Roten Fahne“ vom 9. 2. unter Vereinsmitteilungen folgende Notiz:

14. Abt. RFB und RJ. Sämtliche Kameraden besuchen die Versammlung abends 7 Uhr bei Klems.  
Da die kommunistische Bonokratie wohl nicht ahnt, daß in diesem RFB und RJ nicht ausschließlich Lampenbrenner organisiert ist, und manchem Gewissenbisse kommen könnten ob eines solchen verbrecherischen Treibens erhielt der Stellvertreter der RFB, der im Original vor uns liegt, nachfolgenden Befehl, der im Original vor uns liegt:

W. Uf. Am Donnerstag, den 10. Februar 1927.  
6 Uhr, hast Du die Verpflichtung,  
bei Klems Festhalle, Hasenheide, zu erscheinen.  
Einer öffentlichen Versammlung, die wir be-  
setzen müssen.

M. K. Or.  
Gruppenleitung RFB.  
L. A.: Sch.

Wir sind wahrhaftig nicht jene Sorte pazifistische Jesu-  
treffer, die es verübeln würden, wenn revolutionäre Ar-  
beiter da, wo sie nicht zu Wort kommen soll durch ein-  
stimmigen Protest sich das Wort erzwingen. Aber gerade darum  
handelt es sich bei der KPD, nicht. Sie will um jeden Preis  
eine Diskussion verhindern, weil sie ihre Politik vor-  
denkenden Arbeitern nicht verantworten kann. Deshalb ver-  
sucht sie nicht nur in ihren Versammlungen jede Diskussion  
in Lärm und verbrecherischer Pogromhetze gegen revolutionäre  
Arbeiter zu erstickern, sondern sie sucht auch die Versammlungen  
der KAPD, von vornherein zu sprengen, weil sie keine  
Argumente gegen ihren Verrat bringen kann.

Wir zweifeln natürlich nicht daran, daß es auch in diesem  
RFB und diesem „Roten Jungsturm“ noch Proletariat gibt, die  
einer Überzeugung einen falschen Weg gehen. Aber gerade  
diese schon erwähnte Versammlung hat bewiesen, daß ein  
großer Teil von diesem Klimbim-Verein sich aus dem  
Abschaum des Proletariats rekrutiert. Abgesehen davon, daß  
es in derselbe ist, ob ein Individuum ein Mensch, den es  
nicht kennt, auf Kommando die Ecke bringt, oder ob  
es sich dazu hergibt, in Versammlungen Arbeiter zu provo-  
zieren, ohne sich über die evtl. Folgen klar zu sein, darf wohl  
hauptsächlich von diesem „Jungsturm“ gesagt werden, daß  
die Mehrzahl von ihnen von Kommunismus oder Arbeiterbe-  
wegung überhaupt so viel Ahnung haben wie das ausgespro-  
chenste Lumpenproletariat. Und gerade diese Lumpen  
haben naturgemäß bezüglich Versammlungsreden die  
wenigsten Hemmungen. Wer das Treiben dieser — im wahren  
Sinne des Wortes — Lumpen beobachtet, muß sich  
wundern, daß es noch Arbeiter gibt, die sich mit solchem Ge-  
sindel solidarisieren.

Die KAPD und AAU jedoch sehen an diesen Fäulnis-  
erscheinungen, daß die KPD am Ende ihrer Leisten ist. Sie  
erschauen ihre Kräfte zusammenbrechen, um sich Gehör zu ver-  
schaffen, um die KPD in freier Diskussion zu schlagen, und die  
ehrblichen Elemente werden sie auf ihre Seite bringen. Dem  
Gesindel jedoch, das organisiert Radas in Arbeiter-Ver-  
sammlungen ein angenehmer Zeitvertreib ist, werden sie in  
Zukunft zeigen müssen, daß die Arbeiterbewegung kein Tam-  
pelpöbel von Elementen ist, die vielleicht morgen schon bei den  
Faschisten stehen und ihnen die KPD, keine Uniform mehr  
gestattet, es ist allerdings keine angenehme Beschäftigung, bis  
an die Knie im Sand und in der Idiotie zu waten. Aber die  
Arbeit, den stinkenden Kadaver der KPD zu verscharren, bleibt  
ans nun einmal vorbehalten.

**RFB-Mitglieder protestieren gegen die  
Mussolini-Methoden ihrer Hauptläge.**

Wir erhalten folgenden Brief: Rühla, den 7. II. 1927.

An die  
Redaktion der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung.  
Wir sind in verschiedenen Artikeln in Eurer Zeitung ge-  
lesen haben, hat man Mitglieder des RFB Berlin dazu verurteilt  
braucht, auf Genossen der KAP, einzuschlagen. Dies geschah  
laut des Artikels Eurer Zeitung vom 21. 10. 26. in den Phrasen-  
säulen in Berlin eine Rußlandsberichts-Versammlung der  
KPD, wo Genossen der KAP, in der Diskussion sprechen  
wollten, wurden ihnen dieselbe verweigert. Als die Genossen  
der KAP, dagegen protestierten, schlugen Mitglieder des RFB,  
auf sie ein. Dies wiederholte sich auch in Versammlungen, die  
von Euch einberufen waren. Wir wissen ganz genau, daß es  
den Zentralbureau nicht angenehm ist, wenn revolutionäre Ar-  
beiter, die die Wahrheit lieben, in der Diskussion auftreten.  
Wir protestieren auf das schärfste dagegen, daß man die  
Diskussion der KAP-Genossen mit Gewalt unterdrücken will.  
Was soll das erst werden, wenn die KPD, regiert, wenn man  
heute schon die Rebellen unterdrückt. Wir verlangen volle  
Diskussions-Freiheit für jede revolutionäre Partei.

Wir hatten am 3. II. 27 eine Mitgliederversammlung des  
RFB, Rühla; wir richteten dort eine Protest-Resolution ein, die  
wie folgt lautet:

Es ist öfters vorgekommen, daß in Versammlungen der  
KAP, und anderen linksgerichteten proletarischen Organi-  
sationen Kameraden der RFB, Eindrücke dazu verwendet  
wurden, diese Versammlungen zu stören und zu sprengen.  
Wie wir dieses an Hand von Tatsachenmaterial beweisen  
können. — 3. B.: Am 21. 10. 26 fand in den Pharus-Sälen  
zu Berlin eine Rußlandsberichts-Versammlung der KPD, mit-  
statt, wo die KAP-Genossen die Diskussion verweigert  
wurde. Als diese dagegen protestierten, bekamen sie die  
Fauste der RFB-Kameraden zu spüren.

Die Kameraden des RFB, Rühla, protestieren aus-  
schräuflich dagegen, daß Mitglieder des RFB, die man  
braucht, gegen die Mitglieder anderer linksgerich-  
teter Arbeiter-Organisationen einzuschlagen.

Dieser Protest wurde mit der Mehrheit abgelehnt. Unter-  
zeichnete Kameraden sind mit diesem Protest einverstanden  
und werden trotz der Ablehnung bei der Bundesleitung pro-  
testieren. Wir bitten diesen Protest in Eurer Zeitung zu ver-  
öffentlichen.

Mit revolutionärem Gruß  
Andreas Junker — Walter Köntz — Franz Junker  
Rosal Jops — Willi Ziegler — Friedrich Malick

Wir begrüßen dieses Zeichen proletarischer Solidarität und  
sehen daran, daß die Hauptläge des RFB, letzten Endes durch  
ihre Methoden die Kraft sind, die die Böse will — und doch  
das Gute schafft.

**Die Arbeitslosigkeit**

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen ist in der vergangenen  
Woche zurückgegangen. Es waren 74.943 Personen bei den  
Arbeitsnachweiserämtern eingetragen, gegen 76.627 der Vorwoche.  
Daranter befanden sich 184.541 (189.924) männliche und 90.362  
(93.903) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung be-  
zogen 124.354 (122.174) männliche und 55.299 (57.660) weibliche,  
insgesamt 179.653 (179.834) Personen. Außerdem wurden noch  
36.648 (36.213) Personen durch die Erwerbslosengelder der Stadt-

gemeinde Berlin und 23.532 (21.143) Personen durch die Krisen-  
fürsorge unterstützt. Bei Notstandarbeiten wurden 128 (5947)  
Personen beschäftigt. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflicht-  
arbeiten Ueberwiesenen betrug 47 gegen 53 der Vorwoche.  
Die Zahl der völlig Ausgesessenen beträgt 34.700.

**Proletarisches Notizbuch**

Arbeitskampfe in Norwegen. Die Arbeiter der Eisen- und  
Schuhindustrie und die Bergarbeiter in Norwegen sind am  
14. d. M. in den Streik getreten. Die Unternehmer fordern eine  
Lohnkürzung um 25 Prozent. Die Gewerkschaftsführer waren  
bereit, sich mit den Unternehmern auf eine Kürzung der Löhne  
um 67 Prozent zu einigen. Die Streikbewegung umfaßt über  
12.000 Arbeiter. Von den 20.000 Arbeitern, die normalerweise  
in den von dem Streik betroffenen Industrien beschäftigt sind,  
wurden in der letzten Zeit 8000 entlassen.

(Inprohorr.) Das Feldgericht in Lissabon verurteilte Malinal  
zu lebenslänglichem Zuchthaus, Karriketts und Pipel zu je 15 Jah-  
ren Zuchthaus, Oordon zu sechs Jahren Zuchthaus.

Der ADGB, der AIA-Bund, der AOB, der DGB, und die  
Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsvereine fordern in einer  
Erklärung an den Reichstag und den Reichswirtschaftsrat die  
arbeitsgemeinschaftliche Kontrolle der Kartelle und Monopole.  
— Sie fordern diese Kontrolle als Prüfung der notwendigen  
Ausschub der herrschenden Klasse, der kapitalistischen Re-  
gierung — was sollen diese kleinbürgerlichen Trottel auch weiter  
tan?

Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen. Der  
deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen  
mit Polen hat im Auftrage der Reichsregierung den polni-  
schen Bevollmächtigten die Aussetzung der in Berlin ge-  
führten Handelsvertragsverhandlungen mitgeteilt.  
Die „Völkerverständigung“ ist zwar recht schön, doch der  
Profit noch schöner.

Der Verband sächsischer Metallindustrieller hat die Ge-  
samtapperrung bis zum Ende dieser Woche verschoben. Da  
die Erklärungsfrist zu dem Schiedspruch für Leipzig am  
16. Februar, mittags 12 Uhr, abläuft, so ist anzunehmen, daß  
die Gesamtapperrung Ende dieser Woche erfolgt.

Moskauer „Radio-Hessen“. Die Radio-Schwarzboxer wer-  
den in Rußland mit dem Spottnamen „Radio-Hessen“ bezeichnet.  
Dieser Tag fand infolgedessen eine Prüfung der Radioanlagen  
statt, hauptsächlich mit dem Zweck, die „Hessen“ festzustellen  
und ihnen auf die Schliche zu kommen. — Diese geistreichen Ide-  
entwürfen wir dem „Klassenkampf“, Halle, Organ der KPD.  
Natürlich handelt es sich bei diesen „Radio-Hessen“ ebenfall-  
s um arbeitslose Proleten oder solche die die Handlöhner für  
die Nep-Bourgeoisie schuften und über die sich diese Nep-  
Bourgeoisie in diesem „Klassenkampf“ lustig macht.

**Aus der Bewegung  
Die Logik der Maschine**

Den Leipziger „Weddinger Linken“ ins Stammbuch.

Im Organ der Bezirksleitung der KPD, Westsachsens, in  
der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ vom 9. Februar d. Js. er-  
scheint unter der Überschrift: „Die Stellung der Weddinger  
Linken zu den letzten Ergebnissen bei Parlamentswahlen“ ein  
Diskussionsartikel, geschrieben von den Arbeitern und Artur  
Vogt (beide in Leipzig). Sie nehmen Stellung zu den Aus-  
sagen der Parlamentsbeteiligung der KPD. Das ausgesprochen  
das den Exkommunikierten Organ der KPD, Westsachsens  
zu Worte kommen läßt, zeigt deutlich darauf hin, daß in  
den Reihen der KPD-Mitglieder Westsachsens die Opposition  
gegen den parlamentarischen Kretinismus im Wachsen begrif-  
fen ist.

Für die „antiparlamentarisch“ eingestellten Vogt und Ge-  
nossen sind die für die KPD abgegebenen Stimmen bei den  
verschiedenen Wahlen „lediglich Gradmesser für den Fort-  
schritt (?) der revolutionären Ideologie“. — Und das geschieht  
nur in diesen Fällen, wenn die Parlamentstribüne von der  
Partei „lediglich zum Zwecke der revolutionären Agitation“  
benutzt wird. Vogt und Genossen können es nicht begreifen,  
wie sich die KPD, dazu hergibt, „in den Vordergrund ihrer jetz-  
igen (nicht immer noch?) Tätigkeit die positive  
Beteiligung in den einzelnen Parlamenten zu stellen.“ Würde  
die Zentrale der KPD, den gutgemeinten Ratschlägen der Vogt  
und Genossen nachkommen, so würde es nicht passieren, daß  
die KPD, „allerdings“ in Frage des „Handelns“ in den ver-  
schiedenen (?) Kurs der Partei vertritt, sondern daß die „Wed-  
dinger Linke“ alles unter Kompromisse (?) einreißt.

1. Die Zustimmung der KPD-Reichsleitung zu  
einem Kampfschritt, der selbst die Vertreter  
des Zentrums als schändlich bezeichnet.



vertritt in Deutschland als einzige  
kommunistische Monatschrift den  
revolutionären Marxismus. Er wird  
von Arbeitern geschrieben und dient  
nicht Führerinteressen, sondern nur dem  
proletarischen Befreiungskampf. Die Spalten  
der Monatschrift stehen jedem zur Mitarbeit  
offen, der für den Kommunismus wirken  
oder sich mit seinen Grundsätzen und seiner  
Taktik auseinandersetzen will. Auf den  
Inhalt des Jahrgangs 1926 sei durch die  
folgenden Themen hingewiesen: Der engl.  
Streik / Genf und die Arbeiterklasse / Das  
Wirtschafts-Programm der Gewerkschaften  
und des Industriekapitals / Zollfragen und  
die Arbeiterklasse / Panzeruropa / Amerika u.  
das sterbende Europa / Der Sprung der  
K.P.D. / Das Agrarproblem / Die Krise in  
der bolschewistischen Partei Rußlands / Silvio  
Gesell und die proletarische Revolution.

**Das Einzelheft Nr. 050**

Zu beziehen durch alle Funktionäre der K.P.D. und der  
Allgem. Arbeiter-Union oder durch die Buchhandlung  
für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

**Revolutionäre Arbeiter lesen den  
„PROLETARIAT“**

**2. Die Stellungnahme der Bremer-Bürgerschaft  
trotz in der Flaggenfrage: „Wir stellen uns schützend  
den schwarz-rot-goldenen Flaggen.“**

2. Nachkrieg: Die KPD-Fraktion stimmte ohne  
Erklärung (mit Erklärung ist es nach Ansicht der  
„dinger Linken“ doch zulässig) dem d. Red.) mit Billig-  
des ZK-Vertreters für eine sozialistisch-demokratische  
Lösung.

Also nach Vogt und Genossen sind diese konträre-  
näre Auswirkungen der parlamentarischen Beteiligung der KPD  
lediglich „Kompromisse“, die „den grundsätzlich revolutionä-  
ren (?) Kurs der Partei verwischen“. Hier schon kann  
eine Kostprobe davon haben, was die Opposition Vogt und  
nossen an sich hat!

Aber um die ganze unhaltbare und verworrene Haltung  
„Weddinger Linken“ in Bezug auf den Parlamentarismus  
der Wurzel zu packen, müssen wir uns grundsätzlich mit dem  
Parlamentarismus und seinen Konsequenzen befassen.  
Der Parlamentarismus, die Regierungsform der bür-  
gerlichen Demokratie, hat seinen vollkommensten Ausdruck  
Deutschland nach dem Novemberrevolutionen 1918 erhal-  
ten. Der Grundstein des Parlamentarismus bricht auf dem Pr.  
daß die Mehrheit entscheidet. Die Partei also, die im Pa-  
ment die Mehrheit der Stimmen innehat, entscheidet in letz-  
ten Instanz alle Fragen in ihrem Sinne. Dieser, von dem tatsä-  
chlichen Gang der geschichtlichen Entwicklung wiederzue-  
sichtspunkt ist auch für alle Teilnehmer an den Wahlen an-  
gebend. Wer den Glauben daran verloren hat, wird mit  
schreiendem Widerspruch geraten, wenn er doch in  
seinem

Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus, muß  
Partei, hat sie sich einmal dafür entschieden, das Parla-  
ment als ein Werkzeug für ihre Politik auszunutzen, unbedingt  
auf beachtet sein, so viel wie möglich Vertreter in  
Parlament hineinzubekommen. In diesem Bestreben steht  
Partei auf die Konkurrenz der anderen-parlamentarischen  
Parteien. Dieser Konkurrenzkampf wird mit Hilfe von Wahl-  
kampfe ausgetragen. Will die KPD überhaupt Stimmen  
in den einzelnen Parteien auf ihre Listen einbringen,  
muß sie gezwungenermaßen ein eigenes Bündel von Forde-  
rungen aufstellen, die durchzuführen sie innerhalb der kapital-  
istischen Ordnung versucht. Die parlamentarischen eingest-  
setzten Massentendenzen sind, die Wahl, um ein  
für sich herauszuheben. Wenn sich dabei die KPD, auf  
schlupfrichtige Parkette des Parlamentarismus begibt, so kann  
teilm umhin, es ist der ehernen Zwang der Dinge, mit allen  
teilm den anderen parlamentarischen Parteien die Wähler ab-  
jagen oder wie es so nett Vogt und Genossen stilisieren  
„Gradmesser für den Fortschritt (!!) der revolutionären Ide-  
e“ zu bauen. Deshalb gerade wird immer mehr die KPD,  
dafür „positive“ Beteiligung“ „in den Vordergrund“  
rücken, um nicht gegenüber den anderen Parlamentarier-  
partien ins Hintertreffen zu geraten, was sich bei der nächsten  
in Stimmenverlust äußern würde. Wenn man sich die W-  
im Jahre 1926, im Jahre 1926 vor Augen führt, so  
ist es außerordentlich beachtenswert, wie der „revolutionäre“  
lamarismus“ der KPD, immer mehr sich wandelt, bis  
schließlich in der Koalitionsregierung zwischen KPD, SPD, und  
in die 1923 mündet. Und diese Entwicklung ist kein A-  
fluß des „Johes“ Brandier, sondern eine zwangsläufige,  
jede Partei, die sich an den Parlamentswahlen beteiligt,  
fahren muß.

Schon 1920 sah sich die KPD, in Sachsen gezwungen  
SPD-Regierung zu unterstützen. Das machte die KPD,  
die Argumente der SPD, den Arbeitern gegenüber aus-  
Hand zu schlagen, als wenn es die Schuld der KPD sei,  
man in Sachsen keine „Arbeiterpolitik“ treiben kann, wo  
sich ein „Arbeitermehrwahl“ vorhanden ist. Diesem  
sachen wir, daß die geringe Belohnung der Konjunktur  
entziehen, daß sie eine stille Koalition mit der Noske-Er-  
scheldemann-Partei einging. Aber es erwies sich, daß die  
KPD, am Parlament noch weitere Konsequenzen für  
die SPD, immer wieder: die KPD, behauptet, man kann in  
sich die KPD, der Aufstellung, wenn man nicht solche  
beiverräter wie die SPD, ist, die nur im Interesse der Bo-  
sachen wir, daß die bis jetzt gezeigten Ergebnisse der Rationa-  
lisation nicht ansprechen, um die im geringfügigen  
Be erzielte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu  
eine neue Offensive gegen das Proletariat ist die  
ge. Wir sehen diese Offensive auf allen Gebieten. Wir  
sich politisch in dem Zusammenschluß der bürgerlichen  
Parteien. Wir sehen sie in dem Feldzug der Justiz. Wir sehen  
in der Legalisierung der revolutionären Presse durch das  
Schund- und Schmutzgesetz, und in dem Abbau der sozialen  
Inressor“. Dieser Zusammenschluß ist nicht der Haß gegen  
Sozialdemokratie, man denke nur an das Zentrum. Dieser  
Zusammenschluß entspringt der Einsicht, daß zur Durch-  
führung der Maßnahmen, die notwendig sind, um die kapita-  
listische Profitwirtschaft vor einem noch größeren Klodatsch  
zu bewahren. Die Politik der Koalition mit der So-  
zialdemokratie und der Gewerkschaften genügt nicht mehr.

Die Rationalisierung hat zur Voraussetzung eine völlige  
Unterwerfung des Proletariats unter das Kapital. Die Legal-  
lisation dieser völligen Unterwerfung findet ihren Ausdruck  
in der Schlichtungspraxis und der Schiedspraxis. Diese  
Praxis ist die Praxis der Wirtschaftsdemokratie. Das Kapital  
heute, dank der Politik der Gewerkschaften und der Sozial-  
demokratie, jederzeit in der Lage, einen Schiedspruch zu  
sich und ihn für verbindlich zu erklären. Die Gewerkschaften  
haben jedoch keinen verbindlich erklärten Schiedspruch  
nicht zum Streik aufrufen, weil sie damit die Grundlagen ihrer  
Partei zerstören. Das Programm der Gewerkschaften  
ist auf der organischen „Gesundung“ der kapitalistischen  
Wirtschaft, die dem Proletariat „Lohn und Brot“ geben kann,  
Kampf, der diese Entwicklung unterdrücken würde, würde  
er zu einer Verschärfung der Krise selbst führen und die  
proletarische Kraft des Proletariats — die keine im kapita-  
listischen Sinne aufbauende, sondern eine zerstörende Kraft  
— steigern. Bei Aufnahme des Kampfes von Seiten der  
Gewerkschaften gegen die Demokratie und Legalität würden  
dieselben selbst außerhalb der Gesetzlichkeit stellen, und  
eigene Politik und deren Grundlagen untergraben. Tarif-  
politik ist eben eine Politik, die den kapitalistischen Notwen-  
dungen Rechnung tragen muß, oder sie ist nicht. Es kann  
über nicht der allergeringsten Zweifel bestehen, daß die Ge-  
werkschaften alle diktierten Schiedsprüche sanktionieren, die  
italistische Gesetzlichkeit respektieren müssen, um ihrer  
willen, und daß es eine hoffnungslose Illusion ist, zu  
lauben, daß die Gewerkschaften jemals einen Streik sanktio-  
nieren werden, der sich gegen den legalen Faschismus wendet.  
ese von den Gewerkschaften vermittelte Wirtschaftsdemo-  
kratie gibt dem Kapital die legale Macht, selbst zu bestimmen,  
schen „Kampf“ das Proletariat gegen das Kapital führen  
sich. Das bedeutet natürlich praktisch die völlige Knebelung  
des Proletariats durch Kapital und Gewerkschaften, die sich

**3. Die Stellungnahme der Bremer-Bürgerschaft  
trotz in der Flaggenfrage: „Wir stellen uns schützend  
den schwarz-rot-goldenen Flaggen.“**

3. Nachkrieg: Die KPD-Fraktion stimmte ohne  
Erklärung (mit Erklärung ist es nach Ansicht der  
„dinger Linken“ doch zulässig) dem d. Red.) mit Billig-  
des ZK-Vertreters für eine sozialistisch-demokratische  
Lösung.

**3. Die Stellungnahme der Bremer-Bürgerschaft  
trotz in der Flaggenfrage: „Wir stellen uns schützend  
den schwarz-rot-goldenen Flaggen.“**

3. Nachkrieg: Die KPD-Fraktion stimmte ohne  
Erklärung (mit Erklärung ist es nach Ansicht der  
„dinger Linken“ doch zulässig) dem d. Red.) mit Billig-  
des ZK-Vertreters für eine sozialistisch-demokratische  
Lösung.

3. Nachkrieg: Die KPD-Fraktion stimmte ohne  
Erklärung (mit Erklärung ist es nach Ansicht der  
„dinger Linken“ doch zulässig) dem d. Red.) mit Billig-  
des ZK-Vertreters für eine sozialistisch-demokratische  
Lösung.

3. Nachkrieg: Die KPD-Fraktion stimmte ohne  
Erklärung (mit Erklärung ist es nach Ansicht der  
„dinger Linken“ doch zulässig) dem d. Red.) mit Billig-  
des ZK-Vertreters für eine sozialistisch-demokratische  
Lösung.

3. Nachkrieg: Die KPD-Fraktion stimmte ohne  
Erklärung (mit Erklärung ist es nach Ansicht der  
„dinger Linken“ doch zulässig) dem d. Red.) mit Billig-  
des ZK-Vertreters für eine sozialistisch-demokratische  
Lösung.

3. Nachkrieg: Die KPD-Fraktion stimmte ohne  
Erklärung (mit Erklärung ist es nach Ansicht der  
„dinger Linken“ doch zulässig) dem d. Red.) mit Billig-  
des ZK-Vertreters für eine sozialistisch-demokratische  
Lösung.

3. Nachkrieg: Die KPD-Fraktion stimmte ohne  
Erklärung (mit Erklärung ist es nach Ansicht der  
„dinger Linken“ doch zulässig) dem d. Red.) mit Billig-  
des ZK-Vertreters für eine sozialistisch-demokratische  
Lösung.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Jahrg. Nr. 14

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, auch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.  
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42.  
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.  
Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk. zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

## Nach Hamburg: Sachsen? Phrasen oder Taten?

Der Konflikt der mitteldeutschen Metallindustrie wird ein-  
mal Schlichtung auf die Ausweglosigkeit einer Politik,  
vor den realen Faktoren der rauhen Wirklichkeit der  
genwart die Augen verschließt, oder zumindest das Proletat  
blind zu machen sucht für Tatsachen, an denen die ge-  
te Politik der Gewerkschaften und der parlamentarischen  
teilen scheitern wird. Die Töne der sozialdemokratischen  
KPD-Pressen klingen bereits wie Grabgeläute des mitteldeu-  
schen Streiks. Ein neues Hamburg steht vor der Tür —  
an die Arbeiter nicht packen und die Nutznießer einer sol-  
chen Politik an den Pranger und damit für alle Zeiten kalt  
stellen.

Worum dreht es sich bei den Konflikten wie Hamburg  
Sachsen?

Das deutsche Kapital hat eine Periode der Rationalisie-  
rung durchlaufen. Das Ergebnis dieser Periode ist erhöhte Ar-  
beitsleistung, Lohnabbau einerseits, andererseits jedoch eine  
Armee von Arbeitslosen, deren Unterstützung, und sei sie  
auch nur ein kleiner Teil der Masse, ein gewaltiges Finanz-  
aufwendn erfordern. Die Rationalisierung hat zur Vorausset-  
zung die völlige Unterwerfung des Proletariats unter das  
Kapital. Die Legalisierung dieser völligen Unterwerfung findet  
ihren Ausdruck in der Schlichtungspraxis und der Schiedspraxis.  
Diese Praxis ist die Praxis der Wirtschaftsdemokratie. Das  
Kapital heute, dank der Politik der Gewerkschaften und der  
Sozialdemokratie, jederzeit in der Lage, einen Schiedspruch zu  
sich und ihn für verbindlich zu erklären. Die Gewerkschaften  
haben jedoch keinen verbindlich erklärten Schiedspruch nicht  
zum Streik aufrufen, weil sie damit die Grundlagen ihrer  
Partei zerstören. Das Programm der Gewerkschaften ist auf  
der organischen „Gesundung“ der kapitalistischen Wirtschaft,  
die dem Proletariat „Lohn und Brot“ geben kann, Kampf, der  
diese Entwicklung unterdrücken würde, würde er zu einer  
Verschärfung der Krise selbst führen und die proletarische  
Kraft des Proletariats — die keine im kapitalistischen Sinne  
aufbauende, sondern eine zerstörende Kraft — steigern. Bei  
Aufnahme des Kampfes von Seiten der Gewerkschaften gegen  
die Demokratie und Legalität würden dieselben selbst außer-  
halb der Gesetzlichkeit stellen, und eigene Politik und deren  
Grundlagen untergraben. Tarifpolitik ist eben eine Politik,  
die den kapitalistischen Notwendigkeiten Rechnung tragen muß,  
oder sie ist nicht. Es kann über nicht der allergeringsten  
Zweifel bestehen, daß die Gewerkschaften alle diktierten  
Schiedsprüche sanktionieren, die kapitalistische Gesetzlichkeit  
respektieren müssen, um ihrer willen, und daß es eine hoffnungs-  
lose Illusion ist, zu glauben, daß die Gewerkschaften jemals  
einen Streik sanktionieren werden, der sich gegen den legalen  
Faschismus wendet. Diese von den Gewerkschaften vermittelte  
Wirtschaftsdemokratie gibt dem Kapital die legale Macht, selbst  
zu bestimmen, welchen „Kampf“ das Proletariat gegen das  
Kapital führen soll. Das bedeutet natürlich praktisch die völlige  
Knebelung des Proletariats durch Kapital und Gewerkschaften,  
die sich

als Vertragskontrahenten — wie Hamburg ganz klar zeigte —  
immer in einer „Zwangslage“ befinden, die mancher „unge-  
schulte Gewerkschalter“ nicht genügend zu würdigen weiß.  
Die KPD, lüftet sich wohl, dem Proletariat diese Zusammen-  
hänge aufzuzeigen. Sie schreit wohl viel von „Kampf“,  
sagt aber nicht, was sie eigentlich will. Da sie die Gewerk-  
schaften um jeden Preis „retten“ will, wird sie niemals, auch  
wenn das Proletariat willens ist, dasselbe zum Kampf aufzu-  
rufen, wenn dieser Kampf nicht von diesen Gewerkschaften  
sanktioniert ist, denn dieser Kampf würde ein Kampf gegen die  
Gewerkschaften selbst sein. Aus diesem Grunde, weil sie gar  
keine Linie, kein Programm, keine Perspektive hat, brüllt sie  
stets, der „ADGB muß“, in der Überzeugung, daß dieser  
ADGB, niemals „muß“. Sie selbst bringt dann in Parlamenten  
und sonstigen ihr erreichbaren kapitalistischen Institutionen  
die nötigen Anträge ein, um die Streikenden mit Brot, die  
Kinder mit Milch usw. zu versorgen, und bietet somit selbst  
den Kampf auf die kapitalistische Legalität und suggeriert dem  
Proletariat den Glauben, daß er auf Kosten des Kapitals und  
des Proletariats die nötigen Mittel für den Kampf gegen das  
Kapital selbst führen könnte. Ihre Politik ist eine elende De-  
magogie.

Die Lage des deutschen Proletariats ist die Folge des  
kapitalistischen „Aufbaues“ selbst, und die Gewerkschaften  
haben diesen kapitalistischen Aufbau mit allen Mitteln geför-  
dert.  
Die Lage der Arbeiterklasse von heute ist die Folge der  
kapitalistischen Rationalisierung und der Gewerkschaften haben  
diese Rationalisierung mit allen Mitteln gefördert.  
Die Gewerkschaften haben für ihre Existenz zur Voraus-  
setzung den Kapitalismus selbst, — aber das Proletariat kann  
unter diesem Kapitalismus nicht existieren. Das Proletariat  
muß den von den Gewerkschaften heilig gesprochenen Bur-  
geoisien der Wirtschaftsdemokratie durch den Kampf durch-  
brechen.

Dieser Kampf ist ein Kampf gegen die Gewerkschaften.  
Hier liegt der Anknüpfungspunkt proletarischer Politik und  
Organisation.

Entweder das Proletariat anerkennt die aus der Krise des  
Kapitals geborene Politik des Kapitals gegen das Proletariat,  
anerkent die immer erneute Unterwerfung durch die Wirt-  
schaftsdemokratie, — oder es nimmt den Kampf auf.

Die Aufnahme dieses Kampfes jedoch bedeutet die Ver-  
urteilung der Gewerkschaftspolitik, bedeutet die Notwendigkeit  
der Schaffung der Organisation, die in der Niedergangspoche  
des Kapitalismus historisch bedingt ist: Die Allgemeine Ar-  
beiter-Union als den feblen zur Massenaktion des Proletariats.  
Der Kampf „um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen“ im  
Munde der Gewerkschaften ist eine elende Phrase, denn sie  
wollen den Aufbau des Kapitalismus und müssen dies wollen  
unter den gegebenen Bedingungen. Dieser „Aufbau“ des Ka-  
pitalismus jedoch bedeutet für das Proletariat die bis zur  
völligen Unentrücklichkeit gesteigerte Verschlechterung seiner  
Klassenlage.

Ob der Konflikt in Sachsen endet mit dem Resultat von  
Hamburg, hängt davon ab, ob die Proleten in Mitteldeutsch-  
land erkennen, daß der erste Schritt eines wirklichen Kampfes  
der Kampf gegen die kapitalistisch-demokratische Gesetzlich-  
keit ist! hängt davon ab, ob die Proleten erkennen, daß im  
Verlauf eines solchen Kampfes die Frage der Generalsein-  
schränkung zwischen Kapital und Arbeit zum Anknüpfung-  
punkt wird. — Sicher ist jedoch eines: daß dieser Zusammenstoß  
nicht aufzuhalten ist, und daß damit — früher oder später —  
auch der Kampf der Massen gegen die Gewerkschaften be-  
ginnen wird.

So steht vor den Proleten in Sachsen sowie vor dem ge-  
samten Proletariat die Frage:

Entweder unter dem Kommando der parlamentarisch-re-  
werkschaftlichen Phrasen immer neuen Niederlagen ent-  
gegen, oder Zerreißung dieses gordischen Knotens durch die  
eigene Tat der revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus  
und seine schwarztörenden Kostgänger und ihre Politik.

## Halbt den Dieb!

Wer befindet sich in der Einheitsfront mit der  
Sozialdemokratie? Die KAPD, oder die KPD?

Die Enthüllungen über die Bewaffnung der deutschen  
Kontrevolution durch den „Arbeiterstaat“ Rußland ist für  
den deutschen Sektor der III. Internationale mächtig in die Glieder  
gefahren. Nach zwei langen Monaten endlich raffte sich die  
KPD, dann auf, in Berlin eine Reihe von Versammlungen ein-  
zubringen, wo sie ankündigte, sich von der ungenehmerlichen  
Anklage, die in dem „Offenen Brief an das Zentralkomitee der  
KPD“ seitens der KAPD, gegen Rußland und der III. Inter-  
nationale erhoben wird, reinzuwaschen. Welt geföhlt! Jeder  
Arbeiter, der die Versammlungen besucht hat, wurde gründlich  
enttäuscht. Noch mehr, die ganze Art und Weise der Re-  
ferate, die Beschränkung der Diskussion auf 10 Minuten, die  
man sogar nicht immer ausnutzen konnte, mußte jeden Be-  
sucher noch mehr in der Überzeugung bestärken, daß die  
KPD, am Pranger steht! Statt auf die einzelnen Tatsachen,  
die in dem „Offenen Brief“ aufgeführt sind, einzugehen, ver-  
loren sich die Referenten der KPD, in einem Schwall von  
Phrasen über den drohenden Krieg gegen Rußland und die  
Bedrohung der bürgerlichen Revolution in China seitens der  
Imperialisten.

Eingangs wurde dann bombastisch die eigens in Berlin  
fabrizierte Nachricht über den Fall von Schanghai ver-  
lesen. „Seht, wie die Weltrevolution marschiert und da  
kommen die Querulanten von der KAP, und erzählen Märchen  
über die Belieferung der Reichswehr mit russischer Munition!“  
Zwei Tage später mußte selbst die „Rote Fahne“ den Schwin-  
del über Schanghai dementieren! Die Lügnachricht über die  
Schanghai wurde lediglich zu dem Zwecke fabriziert, um die  
Zuhörschaft von einer sachlichen und kühlen Prüfung der  
Dinge abzuhalten und sie in einen Rausch zu versetzen. Wenn  
dies gelingt, so kann man die Arbeiter über die himmelschrei-  
ende Tatsache der Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland  
hinwegtäuschen. Die Hauptarbeit der Referenten bestand in  
der Erzeugung einer Pogromstimmung gegen die KAP, und  
einem kramphafthen Abnenken der Aufmerksamkeit der Zuhörer  
von den tief- und stichfesten Tatsachen, die von der KAP, vor-  
gebracht sind. Die Referenten erkannten ganz gut die Gefahr,  
die der KPD, droht, wenn sie als kontrevolutionäre Partei  
vor den breiten Arbeitermassen enthüllt wird. Es wird ihr  
das Genick brechen! Die Referenten versuchten mit allen Mit-  
teln diese Biöbelstellung der eigenen Partei zu verhindern. Sie  
drehten den Spieß um und beläuteten mit freier Stirn, daß  
die KAP, stehe in der Frage der „Sowjet“ granaten in Einheits-  
front mit der SPD, und der 2. Internationale. Warum? Weil  
der „Vorwärts“ als erster in Deutschland die Enthüllungen aus  
der englischen liberalen „Manchester Guardian“ veröffent-  
licht hat!

Wenn dies tatsächlich ein Beweis über die Einheitsfront  
SPD, — KAPD, wäre, so müßte man nach derselben Logik  
natürlich auch in den Fällen, wo die KPD, das Material, das  
die KPD, ausschließen. Mit demselben Recht können sich  
die SPD-Arbeiter gegen die Angriffe der KPD, auf ihre Partei  
wehren, indem sie genau so argumentieren, wie jetzt die KPD,  
gegen die KAP. Anlässlich des Marktgänger und Münchener  
Prozesses, wo die Völkischen und ehm. kaiserliche Generale  
den abgrundtiefen Verrat der SPD, und Gewerkschaften auf-  
gedeckt haben, ließ sich keinesfalls die bolschewistische  
Presse inner- und außerhalb Deutschlands davon abhalten,  
diese Tatsachen gegen die SPD, und III. Internationale auszu-  
schlichten. Noch ein Fall aus der allerjüngsten Zeit: der  
Überzug der italienischen Gewerkschaften zum Faschismus!  
Die Einzelheiten darüber wurden lediglich aus der fasischi-  
schen Presse Italiens übernommen! Nach der Forderung  
der KPD-Referenten, ist die Auswertung dieses Materials ge-  
gen SPD, und Gewerkschaften seitens der KPD, der voll-  
gültige Beweis, daß KPD, und III. Internationale sich in der  
Einheitsfront mit Mussolini befinden (was aber auf Grund von  
anderen Beweisen tatsächlich stimmt). Hier kann jeder  
Arbeiter sehen, was die niederträchtige Verleumdung der Bol-  
schewisten, dieser Zuträger für die Orgeschewerkschaften  
und Träger der Brandierpolitik: die KAP, befände sich in der  
Einheitsfront mit der Sozialdemokratie, auf sich hat!

Wir wollen aber den stichhaltigen Beweis antreten, daß  
die KPD, und die 3. Internationale sich in der Einheitsfront mit  
den Heukern des internationalen Proletariats, mit der Sozial-  
demokratie befindet!